

Was wird vom Young-Plan bleiben?

Mit erhöhten Erwartungen hat die Welt die Delegationen aller an der Reparationsfrage interessierten Staaten nach dem Haag reisen sehen. Mit ebenso erhöhter Enttäuschung sieht man sie wieder abreisen. Man hat ja wohl das Gefühl, daß nun doch noch nicht alles aus ist. Über man sieht, der Weg zum Ziel des Völkerverständnisses ist noch viel weiter, als man gedacht hat. Man wird diesen Weg trotz allem weitergehen. Es wäre ja töricht, um des langsamens Tempos willen, das einem einen kleinen Weg aufwirkt, einen falschen Weg einzuschlagen. Und es wäre ohne Zweifel der falschste aller Wege, wenn man jetzt auch noch den Rest des Geschwires in Grille schlagen wollte, der bei den sozialen Zusammenkünften im Haag schließlich doch noch bestehen bleibt. Aber bitte bleibt es, daß sich die schon in greifbare Nähe gerückte Rheinlandräumung noch einmal als fata morgana erweisen hat; daß die Verteilung der Reparationen unter die Gläubigerstaaten, wie sie in Paris von den Sachverständigen vereinbart war, wieder umgestoßen und so die ganze Arbeit der Pariser Konferenz zu einer vergeblichen gemacht wurde. Es hatte doch auch schon in Paris genug gelöst! Wir haben auch da schon genug erreicht, die das Ende zu bedeuten schienen.

Man darf sich trotzdem seinem unbedingten Pessimismus hingeben. Man muß es als das Unvermeidliche und Unverständliche an der Haager Konferenz betrachten, daß sie, außerlich betrachtet, an verhältnismäßig kleinen Differenzen scheiterte. Damit gibt man andererseits doch zu, daß über große Dinge ein Einigungsversuch bestehen geblieben ist. Im Young-Plan war zunächst die Leistungsfähigkeit Deutschlands vorlieger als im Dawes-Plan angeschoben worden. Die Sachverständigen hatten die Reparationsaufgaben mit Bedacht in einen geschulten und ungeschulten Teil zerlegt; es war die internationale Reparationsbank in Aussicht genommen worden, und so sollte in absehbarer Zeit das ganze internationale Schuldenproblem eine finanziell sachliche Lösung finden. An diesen Grundzügen des Young-Plans ist nun auch im Haag nicht gerüttelt worden. Gewiß, es kann nicht am 1. September in Kraft treten. Es müssen jetzt unbedeutende Übergangsmaßnahmen getroffen werden. Man hätte gewünscht, die Konferenz wäre glatter verlaufen und der Termin hätte eingehalten werden können. Aber denken wir nur ein paar Jahre zurück: da hätte ein solcher Ausgang einer solchen Konferenz gleich wieder die Bajonetten lässen lassen; da hätten sich die Mächte der ehemaligen Entente sofort wieder zu einer Einheitsfront gegen Deutschland zusammengetan; da wäre die internationale Atmosphäre über Europa alsbald wieder gespannt geworden. Es ist gut, einen solchen Vergleich zu ziehen, um nicht mit falschen Maßstäben an die Trümmer der Haager Konferenz heranzutreten. Zehn Jahre sind im Menschenleben eine lange Zeit. Wir haben den Weltkrieg jetzt zehn Jahre hinter uns und sind ungebürtig, daß seine Spuren noch immer nicht völlig verwischt sind. Wir würden so gern unter eigenem Leben, dem ein so großer Teil durch die Schreckenszeit seit 1914 geräubt, mit Rücksicht und Sorge belastet und entwertet worden ist, wenigstens für die übrige Zeit noch ein wenig freier genießen können. Für die Weltgeschichte aber bedeutet ein Jahrzehnt nicht ebensoviel. Es bildet sich gegenwärtig eine ganz neue politische Konstellation unter den Weltmächten heraus. Gerade diese Umbildung ist aber nötig, wenn wirklich die Kriegszeit endlich restlos verliegen soll. Das ist heute keine Einheitsfront mehr gegen Deutschland bildet, das ist das Wesentliche, was sich seit Kriegsende geändert hat. Diese neue Konstellation ist ein ähnlicher Fortschritt, wie es die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund und in dessen Rat war, vielleicht sogar noch wichtiger. Eine Aufnahme hat zunächst mehr formale Bedeutung, während die Umgrenzung der Mächte eine tatsächliche Veränderung der Weltlage, eine neue Verteilung des politischen Einflusses bedeutet. Über diese Umgrenzung hat man natürlich im Haag nicht Beschluss gefasst. Sie kommt in keiner Resolution und in keiner Kommission zum Ausdruck. Der Streit um ein paar verhältnismäßig kleine Differenzen, ist nur ein schwach andeutendes Symptom für den tiefgreifenden Umsturz. Der aber will natürlich seine Zeit haben. Englands Absichten von Frankreich, das Bündnis zwischen Frankreich und Italien von ihrem Vorrechten auf den Standpunkt bloßer Gleichberechtigung: das verprüft die Kennzeichnung der politischen Ära nach der Haager Konferenz zu werden. In diese Ära muß man die Grundsätze des Young-Plans mit hinübernehmen. Was im Augenblick eine Entscheidung ist, kann sich in der Zukunft als Erleichterung erweisen. Vielleicht werden die Organisationsbestimmungen für die Reparationsbank international gerechter, wenn sie nicht mehr in einer Art französischer Vorherrschaft festgelegt werden. England kämpft einen recht schweren Kampf, um das zu erreichen. Aber bei dem jähren nationalen Willen der Engländer ist zu hoffen, daß es sein Ziel erreicht. Nicht immer hat das Sprichwort recht: was lange währt wird gut. Im vorliegenden Falle könnte es zutreffen.

2,8 Millionen Mark der staatlichen Wohlfahrtshilfe verloren?

1. Dresden. Die Dresdner Nachrichten teilen mit, der Zusammenbruch der sogenannten Seidenmannschen Unternehmungen, der Firmen, Revisions- und Verwaltungsgesellschaft für den Seidenmann-Röderthalverband, Aktiengesellschaft, der Seidenmann-Röderthalwerk, G.m.b.H., Röderthal-Elektrizitätswerk G.m.b.H., sämtlich im Radebecker-Augustusbad befindlich, und der Maschinenfabrik Röderthal-U.G., in Seifersdorf bei Radeberg, ist ein vollkommenes. Wie sich nunmehr übersehen läßt, dürften die vielen Gläubiger so gut wie nichts erhalten, denn die Konkursmasse ist nur eine geringe, soweit eine solche überhaupt vorhanden. Auf Antrag des Konkursverwalters Reichel (Dresden) ist in der Zwischenzeit auch das Konkursverfahren über das Vermögen Seidenmanns eröffnet und der Termin zur Feststellung der angemeldeten Forderungen auf den 31. August vor dem Amtsgericht Radeberg anberaumt worden. Was dem Fall Seidenmann ein besonders öffentliches Interesse verleiht, ist die Tatsache, daß seitens der staatlichen Wohlfahrtshilfe zur Aufrechterhaltung der Betriebe Mittel in einer Gesamthöhe von 2.800.000 RM. gewährt worden sind, die zum weitaus größten Teil gleichfalls als verloren gelten. Wie bereits gemeldet wurde, kommt die Anlegensicherheit auch im Banktag wegen dieser Kredithilfe bemerkbar zur Sprache. Dem Unternehmen nach sollen die geschäftlichen Unterlagen der Unternehmen des verhafteten ehemaligen Generaldirektors für den Röderthal grösster Unordnung befinden, und eine Überprüfung dürfte schwer zu erlangen sein. Die Untersuchung gegen Seidenmann wird noch längere Zeit in Gang gehalten.

Leichte Besserung der Lage im Haag.

Überreichung eines neuen Angebots an Snowdon.

Die Erörterungen über die Schädlerungsfrage.

1. Haag. Die Sonnabend-Nachmittag um 3 Uhr fortgesetzte Befreiung zwischen den Delegierten Frankreichs, Belgien, Italiens, Japans und Deutschlands, an der deutscherseits Reichsminister Dr. Curtius teilnahm, wurde nach etwa einstündiger Dauer beendet. In ihr wurde die Erörterung der Schädlerungsfrage zu einem gewissen Abschluß gebracht, welche jedoch in schriftlicher Formulierung noch nicht vorliegt. Die an der Befreiung beteiligten Finanzsachverständigen sind beauftragt worden, deren Ergebnisse in einem Protokoll niedezulegen. Über eine eventuelle neue Zusammensetzung der obengenannten Macht steht ebenso wie über den Zeitpunkt der etwaigen Bekanntgabe des aufzustellenden Protokolls noch nichts Genaueres fest.

Im Anschluß an die obige Finanzbesprechung fand eine interne Sitzung der Delegierten der genannten Macht mit Ausnahme Deutschlands statt.

Die Rheinlandbesprechungen im Haag.

1. Haag. Die Befreiung der vier an der Rheinlandfrage interessierten Macht hat — wie vorgesehen — am Sonnabend um 6 Uhr nachmittags begonnen. Deutscherseits erschienen hierzu die Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Wirth, sowie Ministerialdirektor Dr. Gaus und Ministerialrat Rener vom Reichsministerium für die besetzten Gebiete. Als Vertreter der übrigen Macht trafen hierzu Briand, Jafar, Hamm und Henderson in Begleitung mehrerer militärischer Sachverständiger im Konferenzgebäude ein.

Die Sitzung der vier an der Rheinlandfrage interessierten Macht wurde nach einer viertelstündiger Dauer beendet. Wie verlautet, haben die Handlungen einen glänzenden Verlauf genommen. Über den Räumungstermin konnte zwar noch keine Richtigkeit erzielt werden, es steht jedoch zu erwarten, daß die Belehnungsmächte zu Beginn der laufenden Woche Deutschland bestimmte Vorholze in dieser Frage unterbreiten werden, so doch, vorausgesetzt, daß auch in den finanziellen Fragen eine Einigung erzielt wird, die Ansicht besteht, daß sowohl über die Räumung selbst, wie über alle damit zusammenhängenden Fragen eine Regelung ausstandkommt. Die Delegierten der Belehnungsmächte werden am Sonntag und Montag zu diesem Zweck interne Besprechungen mit ihren militärischen Sachverständigen führen. Eine erneute Sitzung der vier an der Rheinlandfrage interessierten Macht ist für den kommenden Dienstag in Aussicht genommen.

1. Paris. Wie Havas aus dem Haag meldet, werden die Erörterungen über die eventuellen Mobilmäßigkeiten der Räumung der dritten Zone fortgeleitet. Sie haben die Entsendung militärischer Sachverständiger nach dem Haag notwendig gemacht. So ist gestern auch General Guérin, stellvertretender französischer Generalstabchef, dort eingetroffen.

Paris. Wie der Sonderberichterstatter der Agentur Havas aus dem Haag meldet, ist der polnische Außenminister Sleszyński von Briand über die Lage und insbesondere über die legitimen Befreiungen zwischen den Belehnungsmächten und Deutschland in der Räumungsfrage unterrichtet worden.

Befreiung der Gläubigermächte mit den Reichsministern Curtius und Hilscherding.

1. Haag, 25. August. Heute vormittag 11 Uhr 30 fand eine Sitzung der französischen, belgischen, italienischen und japanischen Delegierten mit den Reichsministern Curtius und Hilscherding statt, in der die Frage der Formulierung des Angebotes der vier Gläubigermächte an England besprochen wurde. Anschließend blieben die Delegierten dieser vier Macht in Gegenwart Briands unter sich noch etwa eine Stunde zusammen; diese Befreiung wurde um 4 Uhr nachmittags zwischen ihnen weitergeführt.

1. Paris, 25. August. In der Frage der Rheinlandräumung kündigten die Sonderberichterstatter aus dem Haag einen Fortschritt in den Verhandlungen an. Es wird momentan debattiert, daß in der Frage des Belehnungs- und Ausgleichs-Ausschusses eine Angleichung des französischen an den deutschen Standpunkt stattgefunden habe. So berichtet man dem Kreißtor aus dem Haag, ein Grund zur Hoffnung sei, daß die politische Beratung über die Rheinlandräumung zum Ziele führe, bevor man noch über den Ausgang der Finanzberatung Bescheid wisse. Zweitens habe man erklärt und teils wiederholt betont, daß eine vollständige und endgültige Reparationsregelung die Befreiung für die Lösung der Rheinlandfrage sei, die in der Schwere bleibe, wenn der Youngplan nicht von allen angenommen werde. Wie aber werde es Frankreich und Belgien im Falle der noch drohenden Eventualität eines provisorischen Vergleichs gelingen, sich von den bedingten Verträgen freizunehmen, die in Deutschland so große ungünstige Hoffnungen erweckt hätten. Man scheine sich über den oft erwähnten Vergleichsabschluß so gut wie geeinigt zu haben. Es würde sich nicht mehr um einen Belehnungs- und Ausgleich handeln, der im Rahmen der Locarno-Abkommen und des Völkerbundstatus künftigen Charakter annehmen würde; ein entsprechendes Schriftstück werde zur Zeit verfaßt.

Die Vergleichskommission. Einwilligung der deutschen Abordnung?

* 1. Haag. (Telunion.) Von gutunterrichteter französischer Seite verlautet am Sonntag abend, daß in der Frage

der Vergleichs- und Belehnungskommission eine grundlegende Einigung zustandegekommen sei. Frankreich und Deutschland sollen sich danach unter Bestimmung Englands auf folgendes geeinigt haben:

Die im Locarnoovertrag vorgesehenen deutsch-französischen und deutsch-belgischen Schiedsgerichtskommissionen werden in eine Kommission zusammengefaßt, die aus einem Franzosen, einem Belgier, einem Deutschen und sechs Neutralen, somit aus insgesamt neun Personen, besteht. Die Kommission wird amtlich Vergleichskommission genannt und besitzt keine eigenen Initiativrechte. Sie hat auch keine Befugnisse, irgendwelche Untersuchungen, Kontrollmaßnahmen oder dergleichen, vorzunehmen. Die Kommission wird ausschließlich auf Antrag der deutschen, französischen oder belgischen Regierung tätig sein. Sie trägt einen ständigen Charakter und ihre Zuständigkeit erstreckt sich auch auf die entmilitarisierte Zone. Falls bei einem Zwischenfall eine Verständigung auf diplomatischem Wege zwischen den betreffenden Regierungen nicht zustandekommt, soll die Vergleichskommission als erste Instanz einschreiten. Wenn innerhalb der Kommission keine einheitliche Auffassung zustandegekommen ist, soll die Vergleichskommission als erste Instanz einschreiten. Wenn innerhalb der Kommission keine einheitliche Auffassung zustandekommt, soll als zweite Instanz ein internationales Schiedsgericht eingesetzt werden.

Von französischer Seite wird ferner mitgeteilt, daß die deutsche Regierung bereits gründlich ihre Zustimmung zu diesem Vorschlag und den übrigen Abordnungen übermittelt haben. Eine Bestätigung dieser Mitteilung von deutscher Seite liegt bisher nicht vor.

Keine neuen Befreiungen sondern nur „Präzisierung“

* 1. Haag. (Telunion.) Das Angebot der vier Macht an England, das am Montag überreicht werden soll, wird, wie verlautet, keine neuen Befreiungen enthalten, sondern lediglich eine Präzisierung des letzten mündlichen Angebotes darstellen. England wird hierin eine Erhöhung seines Anteiles an den deutschen Tributzahlungen um 28,6 Millionen angeboten, deren Auszahlung durch die internationale Bank für Rechnung der vier Macht erfolgen soll. In dem Angebot sind auch die 300 Millionen Mark aus dem Übergang vom Dawes zum Youngplan enthalten. Italien soll einen Betrag von 6,6 Millionen zugestanden haben.

Überreichung des neuen Angebots an Snowdon.

Haag. (Rundfunk.) Das Angebot der vier übrigen Gläubigermächte an England wurde heute früh 8 Uhr 15 überreicht. Es hat sich frist zur Prüfung des Angebotes, das etwa 60 Prozent der britischen Ansprüche deckt und die Vereinigung der englischen Flotte mit Verzug auf die verschiedenen Sachbeschwerden bringen soll, bis heute nachmittag vorbehalten. Dem Vernehmen nach ist bei den Zusammenlegungen der Schulden, die England angebrochen werden sollen, mit Rücksicht auf den in den Verhandlungen aufgetauchten in Frankreich kommenden Risiken diesmal die Berechnung auf Kapitalverträge, die in dem Angebot enthalten sind, als ausräumendste Jahresraten erfolgt. Über die Aufnahme des Angebotes, das infolge seiner späteren und näheren Begründung eine eingehende Prüfung erforderlich macht, verlautet bisher englisches nichts.

Befreiung der Gläubigermächte auf morgen vertagt.

Haag. (Rundfunk.) Die für heute Mittag 12 Uhr angekündigte neue Befreiung der vier Rheinlandmächte hat nicht stattgefunden, sondern ist auf morgen vormittag verschoben worden.

Reichsminister Dr. Stresemann

im holländischen Rundfunk.

1. Haag. Reichsaußenminister Dr. Stresemann sprach gestern mittag auf Einladung des Holländischen Rundfunks vereinigt für den Haager Sender. Er dankte dabei zunächst für die großzügige Gastlichkeit, die den Delegierten aus der Haager Konferenz in diesem schönen Lande zuteil geworden sei. Er habe sich außerordentlich gefreut, den Haag kennen zu lernen und auch den Charakter des Landes, in dem er zum ersten Male weilte, zu empfinden. An der Wahl des Ortes habe er ein gutes Omen für das Gelingen der Konferenz, trotz der Schwierigkeiten, deren Überwindung in den letzten Wochen hier versucht worden sei.

Die aufgegebene Pariser Reise Briands.

1. Paris. Ministerpräsident Briand hat, da er von einer geplanten Reise nach Paris Abstand genommen hat, einen Kabinettsschluß beauftragt, dem am Montag in Paris zusammenstrebenden Ministerrat seine Befreiung zugleich der Zusammensetzung der französischen Delegation für die Völkerbundstagung zu unterbreiten.

Angieblich überbringt der Kabinettsschluß des Ministerpräsidenten die Liste der Delegierten für die Völkerbundstagung. Es wird aber allgemein angenommen, daß er, nachdem Briand die geplante Reise nach Paris aufgegeben hat, dem Ministerrat einen eingehenden Bericht über den Stand der Verhandlungen im Haag erstatten wird. Räumlich dürfte es die Räumungsfrage sein, über deren Stand er im Auftrage Briands Auklärung geben wird.

Gallen wurde die polnische Staatsangehörigkeit der Gläubiger festgestellt, während sich in einer kleineren Anzahl von Fällen die deutsche Staatsangehörigkeit herausstellte. Die polnische Regierung lagte fest, daß sie bei den polnischen Staatsangehörigen die Liquidation eintreten werde, sofern sie noch nicht eingestellt sei. Bei den deutschen Staatsangehörigen hat die polnische Regierung die Möglichkeit der Liquidation, wenn sie auch bei einer Kläffung des Youngplanes erwartet lädt, daß sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen wird. Über die Entscheidung der noch kritisch gebliebenen Fälle wird man in den weiteren Verhandlungen vorliegen. Vorläufiglich wird man diese Fälle dem Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag überweisen.

Deutsch-polnische Liquidationsverhandlungen.

1. Berlin. Die deutsche Widerheit in Polen hatte beim Völkerbund darüber klage geführt, daß die polnische Regierung in vielen Fällen das Eigentum des Deutschen liquidiert habe, die tatsächlich polnische Staatsangehörige seien. In der Beschwerde waren 364 Einzelfälle angeführt. Der Völkerbundrat hatte diese Angelegenheit unmittelbaren Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen überwiesen, die jetzt in Paris unter dem Vorstand des polnischen Botschafters Adamicz stattgefunden und einen gewissen Abschluß erreicht haben. Über ein Drittel der Fälle wurde eine Verhandlung erzielt. In 180